



Peter Schulz
25. April 1930. Jurist und SPD-Politiker.
Gebürtiger Rostocker.
1949 Abitur in seiner Heimatstadt,
anschließend kurzzeitig Hilfsarbeiter
auf der Warnow-Werft und Flucht nach
West-Berlin. In Hamburg Jurastudium
und Referendariat. 1958–1966
Rechtsanwalt. 1961–1986 Sitz in der
Bürgerschaft, seit 1978 als deren
Präsident. 1966–1974 Mitglied des
Hamburger Senats, seit 1971 als Erster
Bürgermeister. Seit 1975 wieder als
Rechtsanwalt tätig. Im Jahr 1990
Kanzleieröffnung in Rostock.
Präsident des Anwaltsgerichtshofes
Mecklenburg-Vorpommern in den
Jahren 1996–1999.

Peter Schulz

Bürgermeister a. D., Rechtsanwalt, Hamburg

„Die Situation der Linken in Europa“

Ende der 70er Jahre gab es in Europa fünf Länder mit einem sozialdemokratischen Regierungschef. Heute sind es zehn. Drei der vier großen europäischen Länder haben heute Linksregierungen – Ende der 70er Jahre traf das nur für Deutschland zu; und nur noch für kurze Zeit.

Man darf die Aussagekraft dieser Feststellung nicht überschätzen; schon deshalb nicht, weil in vielen Fällen mehr die Zerrissenheit der Rechten als wirkliche Stärke der Linken dahintersteht. Aber auch deshalb nicht, weil es auch dramatische Rückschläge gibt, wie z. B. in Spanien und in Österreich und jetzt in Norwegen und Dänemark. Man wird aber sagen dürfen, dass die Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre – von den einen triumphierend, von den anderen resignierend – fast einhellig vertretene Dahrendorfsche These vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ falsch war.

Dabei lagen dieser These ja viele Tatsachen zugrunde, die ihr Glaubwürdigkeit verliehen. Ich nenne nur einige:

– Der Anteil der ursprünglichsten und treuesten Anhänger sozialdemokratischer Parteien, der Arbeiterschaft, an der Bevölkerung war laufend zurückgegangen.

– Ständig steigende Realeinkommen der Mehrheit der Arbeitnehmer, sinkende Tages- und Wochenarbeitszeiten, Stärkung der sozialen Sicherungssysteme, Verbesserung der Rechtsposition der Arbeitnehmer, ein fast dramatischer Abbau von Bildungs- und Aufstiegsbarrieren – all das ließ viele an der Notwendigkeit politischen Engagements und solidarischen Handelns zweifeln.

– Das Schleifen der Bildungsbarrieren und die Zunahme von Freizeit und Freizeitangebot beförderten ein neues Lebensgefühl, das von vielen in der alten Sozialdemokratie als fremd empfunden wurde.

– Neue Fragen suchten eine politische Heimat. Sie fanden sie nicht in der dafür eigentlich prädestinierten Sozialdemokratie, die ziemlich unsicher auf das Neue reagierte; so schufen die neuen Fragen sich ihre eigene politische Form. Sie wurde der Sozialdemokratie bald zur Konkurrenz um Ideen und Menschen, z. B. in Gestalt der Partei der Grünen.

– Die Linke wurde zunehmend vor Probleme gestellt, für die es in ihrem traditionellen Kanon von Handlungsmöglichkeiten keine probaten Antworten gab: z. B. die ständig wachsende Zahl von Flüchtlingen und von solchen Asylbewerbern, die in das klassische Bild des politischen Flüchtlings nicht passten, eine sinkende Toleranzgrenze gegenüber lästiger Kleinkriminalität, die das Bild insbesondere der großen Städte beschädigte, und eine Zunahme an echter Kriminalität.

– Die Organisationsstrukturen der Linken und ihre Kommunikationsmethoden waren ineffektiv geworden – schlimmer: Sie wirkten als Barriere gegen das Einströmen frischen Bluts.

– Das Geflecht starker Organisationen im Umfeld von Sozialdemokratie, von ihr gestützt und sie stützend, brach zusammen oder gab seine Bindung auf: Für Deutschland nenne ich die sozialdemokratischen Zeitungsverlage, die Konsumvereine, die „Neue Heimat“, die Versicherungen Volksfürsorge und Eigenhilfe Sachversicherung und die Bank für Gemeinwirtschaft.

Die Reihe der Beispiele ließe sich fortsetzen. Die Linke verlor ihr Selbstvertrauen, und ein erheblicher Teil der verbliebenen Kampfeslust wandte sich nach innen. Viele suchten das Heil in einem Rückzug aus der Verantwortung, in der Hinwendung zum Pazifismus und in der Rückkehr zum Glauben an die Lenkungsmöglichkeiten des Staates in der Wirtschaft.

Parallel mit dem Verlust von Selbstvertrauen ging ein schleichender Verlust von Moral: Die Bereitschaft zum selbstlosen Engagement ging zurück, die Vorstellung von Partei und Gewerkschaft als Karriereleiter nahm zu. Es gab

zunehmend auch Bereicherung und Korruption.

Was sind die Gründe für die erstaunliche Revitalisierung der Linken in Europa?

– Zunächst: Die Einsicht in die Notwendigkeit einer demokratischen Linken war nicht ganz verloren gegangen. Die Deformierung marktwirtschaftlicher Prinzipien zu Shareholders Value als alleinigem Wert trug zur Stärkung dieser Einsicht bei. Zu offensichtlich waren die negativen Folgen einer ausschließlich an einen – kaum gezügelten – Markt angelehnten Politik für eine nicht ganz kleine Minderheit sozial Benachteiligter und zu offensichtlich der Widerspruch zu den ethischen Prinzipien einer Mehrheit.

– Der nicht nur machtpolitische und wirtschaftliche, sondern auch moralische Offenbarungseid des „real existierenden Sozialismus“ gab zwar den Gegnern der Linken das berauschende Gefühl des Sieges – längerfristig wirksamer aber war die Tatsache, dass sich mit diesem Offenbarungseid in den meisten sozialdemokratischen Parteien die Zeit und Kraft kostenden Diskussionen über die Möglichkeiten von „Wandel durch Annäherung“ erledigten und die den Blick trübenden Illusionen und Richtungskämpfe verschwanden.

– Das Scheitern des „real existierenden Sozialismus“ in Osteuropa entzog den westeuropäischen Kommunisten Wählerpotenzial und führte es zum überwiegenden Teil der Sozialdemokratie zu.

– Die in einigen Ländern, vor allem in Skandinavien bestehenden linkssozialistischen Parteien hatten zwar regelmäßig der Sozialdemokratie Stimmen abgezogen, aber wegen ihres unklaren Verhältnisses zu den Kommunisten kamen sie als Koalitionspartner nicht in Betracht. Mit der Desillusionierung dieser Parteien gegenüber dem Kommunismus wuchs ihre Bündnisfähigkeit für die Sozialdemokratie.

– Das Scheitern vieler überkommener sozialdemokratischer Konzepte an einer veränderten Wirklichkeit hatte nicht bei allen zu Resignation und/oder parteiinternen Querelen geführt, sondern bei einigen auch zur Bereitschaft, die alten Konzepte auf ihre Tauglichkeit für jetzt zu überprüfen, sich programmatisch zu erneuern und die Organisation zu durchlüften.

Im Niedergang von Sozialdemokratie gab es erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien in Zeit, Inhalt und Tempo, und es gibt diese Unterschiede jetzt im neuen Aufschwung. Eines aber gilt für alle sozialdemokratischen Parteien Europas: Was stattfand und noch stattfindet, ist nicht einfach Wiederbelebung. Es gab und gibt überall verändernde Eingriffe in den Parteilörper, beginnend bei der einen oder anderen Form von Diät, über Physiotherapie, Krafttraining, autogenes Training und Psychotherapie bis hin zum Einsatz von Strahl und Stahl. Ein bisschen Schönheitschirurgie ist auch dabei.

Im Mittelpunkt des Interesses steht die Radikalkur, die Tony Blair der Labour Party verordnet hat. Aus dem Schlusslicht bei der Modernisierung der Arbeiterbewegung in Europa ist ihr Vorreiter geworden.

Auch wenn man Blair und seinem Vordenker Anthony Giddens geistigen Tiefgang absprechen wollte, bleibt doch die Umwandlung der am meisten erstarrten sozialdemokratischen Partei Europas in eine schlagkräftige Truppe mit Ausstrahlung und Anziehungskraft eine gewaltige Leistung.

Sie hat aber nicht unbedingt Modellcharakter für die anderen Parteien. Allzu groß sind immer noch die Unterschiede zwischen dem Vereinigten Königreich und Kontinentaleuropa – in Geschichte, Denkweise, Empfinden. Die einzelnen sozialdemokratischen Parteien Europas müssen sich schon der Mühe unterziehen, ihren eigenen Weg in dem Dschungel ihrer eigenen Wirklichkeit zu finden.

Öffentliches Interesse haben neben dem britischen Konzept vor allem niederländische Reformversuche gefunden und öffentliche Überlegungen der französischen Sozialisten, die als „Jospins Gegenentwurf“ gehandelt wurden.

Die Unterschiede sind nach meinem Eindruck nicht so groß, wie sie in der veröffentlichten Meinung erscheinen – und sie sind vor allem nicht überraschend: Es wäre ein Wunder, wenn z. B. die etatistischen Grundvorstellungen, die die französische Politik und das französische Denken immer geprägt haben, sich bei Jospin völlig verloren hätten.

Die tatsächlich vorhandenen Unterschiede verlieren noch einmal an Gewicht, wenn man ihren Gehalt an der politischen Praxis misst.

Keine der sozialdemokratischen Parteien Europas hängt noch an der Zielvorstellung eines „demokratischen Sozialismus“ als einem politischen/ökonomischen/sozialen System. Der demokratische Sozialismus gilt auch nicht mehr als Methode – er ist sublimiert zu einer Betrachtungsweise, zu einer menschlichen Haltung.

Dass der Begriff noch seinen Platz in Programmen und öffentlichen Verlautbarungen hat, entspringt mehr einer gewissen Sentimentalität und dem Wunsch, Kontinuität zu verdeutlichen.

Die Überschrift über eines der wichtigsten Kapitel der Veränderungen in der europäischen Linken kann und sollte also lauten: „Der Sozialismus ist tot – es lebe die Sozialdemokratie.“

Schon das Godesberger Grundsatzprogramm der deutschen Sozialdemokratie hatte die „Gleichheit“ der französischen Revolutionslosung zur „Gerechtigkeit“ umgewandelt. Nach meinem Eindruck hat diese Begriffsverschiebung inzwischen überall stattgefunden, auch dort, wo Sozialdemokraten an dem Wort Gleichheit noch festhalten. In der Sache geht es um Chancengleichheit.

Nach meinem Eindruck haben inzwischen alle sozialdemokratischen Parteien Europas die Bewahrung der Umwelt als ihre Aufgabe adoptiert.

In allen sozialdemokratischen Parteien ist die Einsicht gewachsen, dass Sozialdemokraten auf die Überforderung der Systeme sozialer Sicherung nicht mehr nur mit der defensiven Strategie reagieren dürfen, zu retten, was zu retten ist, sondern dass gerade Sozialdemokraten die Pflicht haben, die notwendigen konzeptionellen Veränderungen der Systeme sozialer Sicherung selbst durchzusetzen – auch gegen den zunächst zu erwartenden Widerstand der Betroffenen.

Alle sozialdemokratischen Parteien haben begriffen, dass Markt nicht das schlechthin Böse ist und dass private Initiative etwas Positives ist. Dass nicht alles dem Markt überlassen werden kann und dass es Eingriffe des Staates geben darf und muss, ist kein Streitpunkt unter europäischen Linken. Gestritten wird über die Intensität solcher Eingriffe.

In allen sozialdemokratischen Parteien Europas gibt es Bemühungen, die Organisationsstruktur den sozialen und soziologischen Veränderungen anzupassen. Die Intensität dieser Bemühungen reicht von einer tief greifenden Neustrukturierung in Großbritannien bis herunter zu allzu zaghaften und stolpernden Schritten der deutschen Partei.

Ich will versuchen, die Situation der Linken in einigen Ländern zu skizzieren – der Blick auf alle würde den Rahmen sprengen. Ich beginne mit Großbritannien.

Das Erbe von 18 Jahren Tory-Mehrheiten gab New Labour in zweifacher Hinsicht Starthilfe:

1.) Maggy Thatcher hatte die politische Kampfkraft der effektivsten Verhinderer wirklicher Reformen, der alten Gewerkschaften, gebrochen. Inzwischen haben die Gewerkschaften eine beeindruckende Modernisierungskur begonnen und sind zu konstruktiven Partnern geworden.

2.) Die Staatskasse war gut gefüllt.

Die Belastungen durch das Tory-Erbe wogen schwerer. Die Hauptbelastungen, die die neue Regierung vorfand, waren

1. ein unsoziales Rentensystem, praktisch ungeschützte, extrem niedrige Löhne für Frauen und Ungelernte, hohe Jugendarbeitslosigkeit und hohe Langzeitarbeitslosigkeit hatten die Zahl der Briten, die unter der Armutsgrenze lebten, ständig steigen lassen,

2. Das staatliche Gesundheitssystem war erstarrt und finanziell ausgeblutet; der Gesundheitsschutz für die nicht Besserverdienenden war nicht mehr gesichert.

3. Der Standard der Volksschulen, vor allem in den ohnehin sozial gefährdeten Gebieten, war ständig gesunken.

4. Die Infrastruktur des Landes war veraltet und ineffektiv.

5. Das Gleiche galt für die Verwaltungsstrukturen, die zudem überzentrali-

siert waren.

Blairs Regierung hat

- eine Rentenreform eingeleitet, die die Mindestrente aufstockt, eine einkommensunabhängige Zusatzrente vorsieht und Arbeitgeber verpflichtet, eine betriebliche Altersversorgung anzubieten,
- die Mindestlöhne spürbar angehoben,
- die Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Stand seit den 70er Jahren gebracht,
- die Langzeitarbeitslosigkeit bei Jugendlichen auf null gebracht,
- dem staatlichen Gesundheitssystem eine massive Finanzspritze verpasst, es für Zusammenarbeit mit Privatkliniken und freier Praxis geöffnet, die Entlastung von Pflegefällen eingeleitet und neue Stellen für Ärzte und Pfleger geschaffen,
- die Qualität der Grundschulen verbessert, den Schulen ein Stück Entscheidungsfreiheit in der Mittelverwendung gegeben und sie dem Wettbewerb ausgesetzt,
- eine bislang einigermmaßen funktionierende Nordirlandregelung durchgesetzt, Schottland und Wales erhebliche Selbstverwaltungskompetenzen eingeräumt, die Erblichkeit von Oberhaussitzen abgeschafft, der Stadt London einen gewählten Oberbürgermeister mit wirklichen Kompetenzen gegeben und die Bank von England in die Unabhängigkeit geführt.

Das war für eine Legislaturperiode „not so bad“. Aber es war weniger, als die Wähler 1997 erwartet hatten: Der Stimmenanteil von Labour sank deshalb im Juli 2001 von 44 Prozent auf 41 Prozent. Labour wird in seiner politischen Programmatik nicht zurückrudern, aber es muss und wird jetzt Akzente in Bereichen setzen, die in der ersten Legislaturperiode vernachlässigt wurden. Dazu gehören z. B. die Beseitigung der Mängel im System der weiterführenden Schulen und die weitere Anhebung des Mindestlohns.

Schweden ist in den 80 Jahren von 1921 bis 2001 66 Jahre lang von Sozialdemokraten regiert worden; von 1932 bis 1976, also 44 Jahre ohne Unterbrechung, und dann von 1982 bis 1991 und wieder von 1994 bis jetzt. Schweden war **das** sozialdemokratische Land Europas. Für viele war es das Musterland, das Vorbild.

Das galt auch für mich, der ich 1949 aus der damaligen Ostzone geflüchtet war. Mir imponierte besonders das ungezwungene Verhalten junger Schweden untereinander und im Verhältnis zu uns Deutschen, die spürbare Offenheit gegenüber Fremden überhaupt und die ernst gemeinte und vielfach praktizierte Hilfsbereitschaft gegenüber der damals so genannten Dritten Welt.

In Schweden bin ich das erste Mal – außer kurzen Stippvisiten – 1966 gewesen. Ich wollte als frisch gebackener Justizsenator den damals hochgerühmten schwedischen Strafvollzug kennen lernen. Ich war beeindruckt. Die schwedische Politik gegenüber Straftätern war gleich weit entfernt von der Einengung auf Vergeltung wie von einem unrealistischen, fast schwärmerischen Glauben an das Gute im Menschen, wie sie viele deutsche Strafvollzugsreformer „auszeichnete“.

Bei meiner damaligen Reise habe ich zum ersten Mal in großem Umfang wirklich guten, modernen Städtebau gesehen, die Schulen und Krankenhäuser hatten höchsten Standard, die Städte waren blitzsauber, Bettler und Betrunkene waren nicht zu sehen – Armut schien es nicht zu geben.

Zwei Dinge waren erforderlich, um diese Umwandlung eines der ärmsten Länder Europas zum Modellfall des Fortschritts zu bewerkstelligen:

- eine „richtige Politik“ und
- enorme Steuern.

Die schwedische Steuerlast war die höchste in Europa. Erstaunlicherweise brach die schwedische Wirtschaft unter dieser Steuerlast nicht zusammen, sondern expandierte fröhlich – den schwedischen Unternehmern ging es ausgezeichnet. Die Zustimmung zur Politik der Regierung beschränkte sich deshalb nicht auf den Kreis der unmittelbar durch sie begünstigten sozialdemokratischen Klientel.

Der Wohlfahrtsstaat Schweden, der außerdem die höchsten Verteidigungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung in Europa zu tragen hatte, brauchte für

sein Funktionieren eine jährliche Steigerung des Bruttosozialprodukts von nicht wesentlich unter vier Prozent. Das ging sehr lange gut, weil

1. beim Beginn dieser Politik das wirtschaftliche Niveau relativ niedrig war,
2. die Zusammenarbeit unter den skandinavischen Ländern manche internationale Krise etwas abfedern konnte.

Diese Zeiten sind vorbei. Nach einigen Zwischenkrisen kam es in der ersten Hälfte der 90er Jahre zu einem dramatischen wirtschaftlichen Zusammenbruch. Die Arbeitslosenzahlen verdoppelten und verdreifachten sich innerhalb weniger Jahre, das Bruttosozialprodukt fiel, das Haushaltsdefizit erreichte Rekordhöhen. Die Regierungslast trugen in dieser Zeit die bürgerlichen Parteien – die schwedischen Sozialdemokraten erhielten eine Denkpause. Sie haben sie genutzt, um den auch in der schwedischen Sozialdemokratie grassierenden ideologischen Kampf weitgehend zu beenden.

Seit 1994 regieren die Sozialdemokraten wieder. Sie haben in der ersten neuen Regierungsperiode bis 1998 drastische Eingriffe in das Sozialsystem vorgenommen, z. B.

- Kürzung von Krankengeld und Arbeitslosengeld auf 80 Prozent des Normalgehalts,
- Beteiligung von Arbeitnehmern an den bisher überwiegend von den Arbeitgebern gezahlten Beiträgen für Sozialversicherung.

In den Wahlen von 1998 erhielten sie zunächst eine harte Quittung: Ihr Stimmanteil ging drastisch zurück, von 45,3 Prozent auf 36,4 Prozent, der der Linksozialisten stieg von 6,2 Prozent auf den bisherigen Rekord von zwölf Prozent.

Ministerpräsident Persson setzte seine Politik der Konsolidierung fort, wird aber gleichwohl von der Linkspartei toleriert.

Er hat dabei versucht, sozialdemokratisch gedachte Prioritäten zu setzen. So haben z. B. staatliche Leistungen, die für die Verbesserung lebenslanger Chancengleichheit wichtig sind, wie Investitionen in die Bildung, Vorrang vor Aufwendungen zur Vermeidung oder Linderung vorübergehender Not.

Der Staatshaushalt Schwedens ist heute saniert, und die Arbeitslosigkeit ist von acht Prozent in 1994 auf vier Prozent gesunken.

Die niederländische Parteienlandschaft war immer zersplittert; klare Mehrheiten waren und sind kaum jemals erreichbar. Von 1946 bis 1958 hatten die Sozialdemokraten in Koalitionsregierungen als Minderheitspartner gedient. Es ist – jedenfalls rückblickend – nicht sonderlich erstaunlich, dass die Partei in den 70er Jahren auf einer Art 68er Position landete – zwar in Wahlen gelegentlich durchaus erfolgreich, aber fast immer erfolglos im Zustandebringen von Regierungsbündnissen unter ihrer Führung, wenn sie einmal stärkste Partei geworden war. Der auch von ihr selbst mit ausgehobene Graben zwischen den von ihr vertretenen innenpolitisch sehr linken, außenpolitisch pazifistischen Positionen und dem Rest der holländischen Welt war damals unüberbrückbar.

Unter der neuen Führung von Wim Kok, der jetzt offenbar amtsmüde wird, begann ein erster Versuch, die Partei in Organisation, Programm und Politik zu reformieren. Die Ergebnisse dieser Arbeit lösten den einen oder den anderen „Bann“, reichten aber nicht aus, ein schlüssiges Handlungsprogramm zu entwickeln. Die Programmatik blieb radikal.

Seit 1989 als Juniorpartner einer Koalitionsregierung wieder in Verantwortung, kam die Partei in den Konflikt zwischen radikaler Programmatik und der Einsicht in die Notwendigkeit; sie entwickelte mit der Methode try and error allmählich ein handhabbares Konzept von Wirtschafts- und Sozialpolitik, das in der von den Sozialdemokraten nun seit 1994 als stärkster Partei geführten Koalition Früchte trägt. Das „holländische Modell“ setzt auf Konsens unter den Sozialpartnern und zwischen den Sozialpartnern auf der einen Seite und dem Staat. In der Sache sind die Schwerpunkte „nasser und trockener Hafen“ also Rotterdam und Schiphol, verbesserte Ausbildung, moderate Lohnsteigerungen und Erhöhung der Teilzeitarbeitsplätze.

Nimmt man die Arbeitslosenrate als Erfolgsmaßstab, dann kann das Ergeb-

nis sich sehen lassen: Die Arbeitslosenrate ist von 7,1 Prozent in 1994 auf 2,6 Prozent in 2000 gefallen.

Es gibt einige Anzeichen für ein Ende der holländischen Konsensdemokratie. Das Sozialklima wird rauher. Die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften ist nicht mehr selbstverständlich, seit die Manager der großen globalisierten Unternehmen ihre bisherige Zurückhaltung hinsichtlich ihrer eigenen Bezüge aufgegeben und sie in diesem Jahr um runde 50 Prozent erhöht haben.

In zwei Ländern ist die Entwicklung der demokratischen Linken weitgehend von den Kommunisten bestimmt worden – allerdings auf sehr unterschiedliche Weise: in Italien und in Frankreich.

In Italien konkurrierten mit den Kommunisten und untereinander zwei sozialistische Parteien: die Nenni-Gruppe, die nie zu einem eindeutigen Trennungsstrich gegenüber den Kommunisten bereit war, und die deshalb aus ihr abgespaltenen Gruppe um Saragat, die sich konsequenterweise Sozialdemokraten nannte.

Die italienischen Kommunisten erlaubten sich nach Togliatti die ersten Abweichungen von Moskau, um sich mit Enrico Berlinguer schließlich unter der Flagge des „Eurokommunismus“ halb überzeugt, halb nur taktisch bedingt deutlicher von der KPdSU abzusetzen. Das erhielt ihnen ihre Attraktivität auf die Wähler und ihren Vorrang vor den beiden sozialistischen Parteien auch dann, als das wirtschaftliche, politische und moralische Scheitern des kommunistischen Systems unübersehbar geworden war.

Als Sozialisten und Sozialdemokraten Hand in Hand mit den Christdemokraten im Korruptionssumpf versunken waren, stand die italienische KP als einzig größere stabile und einigermaßen integre Kraft zur Verfügung, um nach weiteren Schritten der inneren und äußeren Wandlung den Kern einer neuen demokratischen Linken bilden zu können. Nach dem Zusammenbruch des Sowjetblocks leitete der damalige Parteichef Occhetto eine tiefer greifende Erneuerung der Partei ein. Der vorläufige Abschluss war 1991 die formelle Umwandlung in die Partei der Linksdemokraten PDS, heute ohne das P; sie sieht sich als eine sozialdemokratische Partei. Der neu gewählte Generalsekretär Fassino hat diese Standortbestimmung auf dem Parteikongress Anfang November noch einmal befestigt.

Bei den für sie desaströsen Wahlen im Mai dieses Jahres erhielt die DS 16,6 Prozent.

Von den Sozialisten und Sozialdemokraten existieren nur noch einige Mini-Nachfolgeparteien und Gruppen mit insgesamt ca. zwei Prozent der Wählerstimmen. Diejenigen Kommunisten, die 1991 die Umwandlung der Partei nicht mitmachten, bringen es – inzwischen in zwei Parteien gespalten – auf nicht ganz sieben Prozent der Wählerstimmen.

Der Parforce-Ritt von Linksaußen zur Mitte und zum Teil über sie hinaus hat erhebliche Opfer gekostet. Bei der Umwandlung 1991 blieben der DS von 1,4 Millionen Mitglieder nur 600 000. 100 000 Mitglieder bildeten die kommunistische Partei, und 700 000 verloren sich. Der Stimmanteil wurde fast halbiert. Die einst beeindruckende Organisationsstruktur ist verkümmert.

Trotz der immer noch beeindruckenden Mitgliederzahl von jetzt wieder etwa 700 000 ist die Zukunft der DS als einer maßgebenden politischen Kraft des Landes ungewiss.

Die französische KP entstand auf dem Parteikongress der Sozialisten in Tours 1920. Die französischen Sozialisten hatten immer deutlich weniger Mitglieder als die deutsche Sozialdemokratie; 1920 waren es 150 000. Bei der Trennung gingen mehr als zwei Drittel der Mitglieder in die KP.

Die Arbeiterschaft bildete einen wesentlichen Teil der Mitgliedschaft der KPF. In der sozialistischen Partei waren kleine Beamte und Lehrer stärker vertreten als Arbeiter. Auch heute ist der Anteil der Arbeiterschaft in der Mitgliedschaft der Sozialisten marginal. Damit korrespondiert die für eine sozialdemokratische Partei ganz ungewöhnliche Tatsache, dass es keine traditionelle Verbindung zu den Gewerkschaften gibt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren erneut die Kommunisten mit bis zu 900 000 Mitgliedern deutlich stärker als die Sozialisten mit einem Bruchteil

dieser Zahl. Fast immer bildeten sie die stärkste Fraktion in der Nationalversammlung. Der Wähleranteil der Sozialisten bewegte sich zunächst um 20 Prozent und sank schließlich bis auf zwölf Prozent ab.

Im Unterschied zu den italienischen Kommunisten verspielten ihre französischen Genossen die Chance zum Wandel. Sie verteidigten die Politik Moskaus noch, als in den Augen eines immer stärker werdenden Teils ihres eigenen Wählerpotenzials nichts mehr zu verteidigen war.

Zeitgleich mit dem darin begründeten allmählichen Niedergang der KP bildete Anfang der 70er Jahre eine Schöpfung Mitterands, ein zunächst heterogenes Bündnis der Reste der sozialistischen Partei und mehrerer linker Splittergruppen, den Nukleus einer neuen Partei Socialiste. Mitterand, diese ebenso geniale wie skrupellose Inkarnation von Machtinstinkt, zwang der zunächst zögernden neuen Partei ein Bündnis mit den unsicher gewordenen Kommunisten auf und spielte seinen neuen Bündnispartner bald an die Wand.

Für die Sozialisten kam dann in den 90ern das Glück gleich doppelt: 1995 musste als Ergebnis interner Querelen der „Notnagel“ Jospin als Präsidentschaftskandidat einspringen und erzielte ein mehr als achtbares Ergebnis. Damit stand ein attraktiver Spitzenkandidat für Wahlen zur Nationalversammlung zur Verfügung. Chirac löste dann in völliger Verkennung der politischen Grundstimmung 1997 vorzeitig die Nationalversammlung auf, und Jospin und seine Sozialisten bekamen ihre Chance.

Die Mitgliederzahl der Sozialisten hat inzwischen die für sie stolze Höhe von 130 000 erreicht, während die Kommunisten von über 600 000 noch im Jahre 1980 auf jetzt unter 200 000 zurückgegangen sind. Das Wählerreservoir der Kommunisten wird man heute auf acht bis zehn Prozent, das der Sozialisten auf 30 Prozent einschätzen dürfen.

Die Kommunisten haben Mitte der 90er Jahre eine sehr vorsichtige Politik der Modernisierung der Partei eingeleitet, sich dabei aber von kommunistischen Grundpositionen nicht gelöst. Die Wahl der populären Jugend- und Sportministerin Buffet zur Generalsekretärin soll der Partei nun neue Sympathien bringen. Ohne wirklichen Bruch mit der Vergangenheit wird das aber wohl nicht funktionieren.

Die Sozialisten haben begonnen, sich ideologisch zu entrümpeln, setzen sich aber bewusst von englischen und deutschen Ideen ab. Sie verwenden dabei gern und häufig den Begriff „Regulierung“, um die immer wieder notwendigen Korrekturen des Marktes zu beschreiben. Dass aber auch die französischen Sozialisten eine Liberalisierung der Wirtschaft wollen, hat Jospin deutlich gemacht mit dem Satz: „Die Wirtschaft kann man nicht mit Gesetzen und offiziellen Texten führen ... Die Leute dürfen nicht erwarten, dass sich die Regierung und der Staat um alles kümmern.“

In der Regierung arbeiten die Sozialisten mit Kommunisten und Grünen offenbar ganz erfolgreich zusammen. Die Arbeitslosigkeit jedenfalls ist von 12,3 Prozent in 1997 auf 9,2 Prozent in 2000 gefallen, also immerhin um ein Viertel.

In Spanien und Portugal war der Neubeginn von Sozialdemokratie nach Jahrzehnten faschistischer Diktatur durch zwei Faktoren begünstigt:

1. Unternehmer und katholische Kirche (diese besonders in Portugal) waren durch die Zusammenarbeit mit den Regimen Franco und Salazar diskreditiert.

2. In beiden Ländern verfügten die Sozialisten über einen integren, klugen und energischen Führer – Felipe Gonzales in Spanien und Mario Soares in Portugal.

Die spanischen Sozialisten haben immer eine besonders klare Trennungslinie zu den Kommunisten gezogen – das war auch eine Folge der schlechten Erfahrungen mit den kommunistischen „Brüdern“ im Bürgerkrieg.

Nach nur fünf Jahren legaler Tätigkeit der Partei eroberte Gonzales 1982 die absolute Mehrheit – sie hielt bis 1993. Dann kam nach einer Koalition mit den katalanischen Regionalisten 1996 der Absturz auf knappe 38 Prozent, die im März 2000 mit 34 Prozent noch einmal unterboten wurden. Der Absturz war die Quittung für mehrere Korruptionsskandale – mit dem Ursachendreieck von 40 Jahren erzwungener Abstinenz von jeder Normalität, dem hybriden

Wachstum danach und dem alle Fehler zudeckenden Charisma von Felipe Gonzales.

Die Partei scheint sich unter ihrem neuen jungen pragmatischen Führer Zapatero jetzt wieder zu erholen.

Die mit einigen linken Splintern verbündeten Kommunisten lagen bei der letzten Wahl bei fünf Prozent. Sie sind für die Zukunft wohl aus dem Rennen.

Die portugiesischen Sozialisten konnten bei den Parlamentswahlen im Oktober 1999 ihre starke Stellung ausbauen. Sie erhielten fast 44 Prozent der Stimmen und genau die Hälfte der Sitze. Bei den Präsidentschaftswahlen im Januar dieses Jahres kam der sozialistische Kandidat auf fast 56 Prozent. Die Kommunisten liegen bei neun Prozent.

Es sieht aber so aus, als hätten die portugiesischen Sozialisten mit diesen Wahlergebnissen ihren Zenit für einige Zeit überschritten.

In den Ländern des früheren Ostblocks ist die Frage nicht die nach der Wandlung der demokratischen Linken, sondern die nach ihrem Vorhandensein.

Eine demokratische Linke von Gewicht ist nur möglich beim Vorliegen bestimmter Voraussetzungen. Dazu gehören ein Minimum an rechtsstaatlicher und demokratischer Tradition und ein gutes Stück freigewerkschaftlicher Tradition. Russland selbst und fast alle anderen Nachfolgestaaten verfügen über diese Voraussetzungen nicht. Das Gleiche gilt für Bulgarien, Rumänien, Serbien und Kroatien. Demokratische Linke kann es in solchen Ländern heute nur im Anfangsstadium und auf lange Zeit zahlenmäßig nur unbedeutend geben.

Die demokratische Linke gibt es im früheren Ostblock in zwei Varianten:

- als Wiederbegründung originärer Sozialdemokratie und
- als postkommunistische Partei.

Eine wieder begründete originäre sozialdemokratische Partei von nennenswerter Bedeutung gibt es nur als Ausnahme. Hervorragendes Beispiel dafür ist die Sozialdemokratie Tschechiens. Sie konnte an die Tradition einer bis 1938 starken Sozialdemokratie anknüpfen. Zurzeit stellt sie eine Minderheitsregierung.

Einen interessanten Sonderfall bildet die Sozialdemokratie in Lettland, die aus der Vereinigung von wiederbelebter originärer Sozialdemokratie mit einer Abspaltung der kommunistischen Partei entstanden ist. Sie schaffte im Oktober 1998 nach drei vergeblichen Anläufen mit 12,8 Prozent den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde und liegt heute in den Umfragen bei 20 Prozent.

Kommunistische Parteien, die schon während des Bestehens des Sowjetblocks erste Reformansätze verwirklichten, hatten offenbar eine gute Chance, als postkommunistische Parteien nach der Auflösung der alten Machtstrukturen eine ernsthafte Loslösung von der Vergangenheit einzuleiten und sie mit der Umgestaltung in eine sozialdemokratische Partei abzuschließen oder jetzt vor einem solchen Abschluss zu stehen. Beispiele sind die Nachfolgeparteien in Ungarn und Polen.

Die polnische Nachfolgepartei stellt den Präsidenten und seit einigen Wochen auch den Ministerpräsidenten. Bei den Wahlen Ende September hat sie die absolute Mehrheit nur knapp verfehlt und regiert jetzt in einer Koalition mit einer der beiden Bauernparteien – für beide Seiten keine Liebesheirat.

Die Partei hatte im Sommer 1999 beschlossen, die Entwicklung zu einer rein sozialdemokratischen Partei zu beschleunigen, und sich unter dem Namen der Parlamentsfraktion „Union der Demokratischen Linken“ neu gegründet. In ihr sind jetzt auch frühere Funktionäre der Solidarnoczek vertreten. 43 Prozent der Polen betrachten sie als eine sozialdemokratische Partei, wie andere in Westeuropa auch; 31 Prozent halten sie in erster Linie für eine Nachfolgepartei der Kommunisten; 26 Prozent finden, die Frage sei schwierig zu entscheiden.

Nach meinem Eindruck meinen der neue Ministerpräsident und Parteichef Miller und die große Mehrheit von Partei und Fraktion es ernst mit der Absage an die Vergangenheit und mit dem Bekenntnis zur Demokratie. Es gibt aber wohl noch Provinzfunktionäre, die eher unsichere Kantonisten sind. Die sozialen Härten, die die neue Regierung den Menschen im Lande zur Her-

stellung wirtschaftlicher und finanzieller Stabilität als Voraussetzung für den EU-Beitritt wird zumuten müssen, kann den bisher stabilen Reformkurs in der Partei wieder gefährden.

Die aus der kommunistischen Partei hervorgegangene ungarische Partei regierte das Land von 1994 bis 1998 unter Führung des Außenministers der letzten kommunistischen Regierung Gyula Horn. Seit 1998 ist sie in der Opposition. In der letzten Meinungsumfrage liegt sie, wie auch die stärkste Regierungspartei, bei 43 Prozent. Ein Sieg der Sozialisten bei der im Mai 2002 anstehenden Wahl ist möglich, aber nicht sicher.

Die jetzt wohl abgeschlossene Entwicklung zu einer sozialdemokratischen Partei wurde erleichtert durch die Tatsache, dass kurze Zeit nach ihrer „Umgründung“ die konsequentesten Hardliner eine eigene Partei gegründet hatten. Man kommt ins Träumen, wenn man sich eine Parallele dazu für die DDR des Jahres 1989/90 vorstellt. Die orthodoxen Kommunisten bringen es heute auf etwa drei bis vier Prozent der Wählersympathien.

Auf dem letzten Parteikongress vor einigen Wochen endete das wohl letzte Aufbäumen der innenpolitischen Gegner der Sozialdemokratisierung mit einem Fiasko. Bei der Entscheidung über das neue Parteiprogramm setzte sich der aus der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ kommende Entwurf mit überwältigender Mehrheit durch – die „linke Plattform“ traute sich nicht mehr, ihren Gegenentwurf zur Abstimmung zu stellen; sie zog ihn zurück.

Für alle osteuropäischen Parteien der demokratischen Linken gilt die nachfolgende Feststellung aus dem Programm der Ungarn: „Bei unseren Bemühungen, den richtigen Weg zu finden, haben wir vieles aus dem Beispiel der deutschen Partei gelernt, so z. B. aus ihrem Konzept der „Neuen Mitte“. Wir müssen aber unseren eigenen Weg finden. Einerseits müssen wir uns den Herausforderungen stellen, die sich aus der westlichen Entwicklung ergeben; andererseits müssen wir mit den Problemen fertig werden, die auf unsere fast periphere Lage, auf unsere Rückständigkeit und auf die ehemalige Zugehörigkeit zum sowjetischen Lager zurückzuführen sind. Deshalb bedeutet das Konzept der „Neuen Mitte“ für uns nicht, dass wir uns auf eine in den vergangenen Jahrzehnten entstandene Mitte stützen könnten, sondern dass wir diese neue Mitte erst schaffen müssen.“

Die Veränderungen in der deutschen Sozialdemokratie, ihre Stärken und Schwächen haben Sie alle unmittelbar miterleben können. Notwendig sind aber noch einige Bemerkungen zur Schwäche der SPD in den so genannten neuen Bundesländern und zur Entwicklung der PDS.

Angesichts der früheren Stärke der SPD im Gebiet der neuen Bundesländer (bei der Reichstagswahl 1928 lag die SPD in neun von zehn der dort gelegenen Parteibezirke über dem Reichsdurchschnitt) hatten 1989/90 viele einen Sieg der SPD bei der ersten freien Volkskammerwahl vorausgesagt. Diese Prognose übersah drei wesentliche Faktoren:

1. Die Zeit ohne SPD und ohne freie Gewerkschaften betrug volle 56 Jahre – von 1933 bis 1989. Diejenigen Sozialdemokraten, die den Niedergang der Weimarer Republik im Alter von 21 Jahren erlebten, waren bei der Wiederbegründung der SPD in Ostdeutschland 77 Jahre alt.

2. Ein erheblicher Teil derer, die dort sozialdemokratische Tradition verkörperten, war geflüchtet. In meiner Heimatstadt Rostock waren von den neun führenden Sozialdemokraten fünf in den Westen gegangen, davon drei auf dem Umweg über Gefängnis und Lager; und die nächste Generation, die die Stafette hätte weitergeben können, ging gleich mit – ich selbst bin dafür ein Beispiel.

3. Die skrupellosen Versprechungen Kohls und die kaltschnäuzige Zurückweisung der Ostdeutschen durch Lafontaine ließen Stimmen für die CDU einfach zweckmäßiger erscheinen als Stimmen für die SPD.

Die ostdeutschen Sozialdemokraten machten dann – teils aus Purismus, teils aus Angst, überrollt zu werden – noch den Fehler, für lange Zeit auch unbelastete SED-Mitglieder von der Aufnahme in die SPD auszuschließen.

Die im Zusammenhang mit der Vereinigung entstandenen Probleme werden in den neuen Bundesländern gravierender als in anderen früheren Ostblockländern wahrgenommen, weil die besseren wirtschaftlichen und sozia-

len Verhältnisse, an denen die eigene Situation gemessen wird, nicht im Ausland vorhanden sind, sondern im eigenen Lande. Die Underdog-Gefühle sind deshalb besonders stark ausgeprägt. Solche Gefühle kommen populistischen Parteien entgegen und schwächen das sozialdemokratische Potenzial gegenüber Linksaußen und Rechtsaußen.

Die SED hatte vor dem Fall der Mauer etwa 2,3 Millionen Mitglieder. Die PDS „startete“ mit mehr als einer halben Million Mitglieder; sie verfügt jetzt nur noch über weniger als 90 000 Mitglieder. 60 Prozent der Mitglieder sind über 60 Jahre alt, nur fünf Prozent unter 30.

Die zukünftige Entwicklung der PDS ist zurzeit schwer zu übersehen. Sie ist in der Gefahr, Regionalpartei zu bleiben – mit abnehmender Bedeutung bei zunehmender Angleichung der Lebensverhältnisse. Andererseits profitiert sie von den in Ostdeutschland besonders verheerenden Folgen der jetzigen Konjunkturschwäche und ganz erheblich von dem in Ostdeutschland deutlich stärker vorhandenen latenten Antiamerikanismus, den sie als so genannte Antikriegspartei bedient.

In der bisherigen Führung gab es immer wieder nennenswerte und ernsthaftere Reformbestrebungen. Diese Bestrebungen haben sich bisher aber nicht wirklich durchsetzen können. Die Verabschiedung von tatsächlich einigermaßen reformfreudigen „Programmthesen“ hat die Partei immer wieder hinausgeschoben, um den orthodoxen Teil von Mitgliedschaft und Wählerschaft nicht zu verprellen. Die Flucht von Gysi und Bisky hängt mit dieser „Hängepartie“ zusammen. Ein klarer Kurs der neuen Führung ist bisher nicht erkennbar.

Ernsthafte politische Defizite, die eine Zusammenarbeit mit der PDS auf Bundesebene ausschließen, bestehen vor allem in der fehlenden Bereitschaft der Mehrheit ihrer Funktionäre, sich mit dem terroristischen Ursprung der kommunistischen Partei der Sowjetunion auseinander zu setzen – diese Funktionäre tun immer noch so, als sei Stalin nicht der Vollender Lenins gewesen, sondern ein bedauerlicher Betriebsunfall.

Die weitere Entwicklung der europäischen Linken ist schwer vorhersehbar. Zwar haben alle ihre Parteien in insgesamt beeindruckender Weise ideologische Fesseln abgestreift und sich redlich bemüht, praktikable Lösungen für die Probleme zu finden, die sich aus den rasanten Veränderungen der Weltwirtschaft in den letzten 30 Jahren und ihren politischen und sozialen Folgen ergeben haben. Das spricht für eine weitere positive Entwicklung.

Aber für die demokratische Linke unseres Kontinents taucht eine neue Gefahr auf, für die viele ihrer Parteien bisher offenbar nur unzureichend gerüstet sind:

Die von mir eingangs erwähnten Rückschläge sind möglicherweise doch mehr als der eine Schritt zurück bei einer Echternacher Springprozeession: Mit Ausnahme von Spanien weisen alle Niederlagen der demokratischen Linken in der letzten Zeit eine Gemeinsamkeit auf: Die Linke (nicht nur sie, aber vor allem sie) verlor an populistische Parteien, deren Verhältnis zum ordinären Rechtsradikalismus zumindest unklar ist. Das war so in Österreich und in Italien, und es war – schwerwiegender – so in Norwegen und jetzt in Dänemark.

In Polen schien noch Anfang dieses Jahres eine absolute Mehrheit der Linken bei den Parlamentswahlen in diesem Herbst sicher zu sein – dieser Triumph wurde ihr entwunden durch einen geradezu erdrutschartigen Stimmenzuwachs ausländischer und europafeindlicher Parteien.

Die Überwindung der nationalen Grenzen und eine internationale Verbrüderung gehörten seit Gründung der ersten sozialdemokratischen Parteien zum Kernbestand ihrer Ziele. Es könnte sein, dass gerade die sozialdemokratischen Stammwähler Schwierigkeiten haben, mit einigen Folgen ihres nun endlich Realität werdenden Urziels fertig zu werden.

Vielleicht ist es ausgerechnet die deutsche Sozialdemokratie, die mit ihrer jetzt beschlossenen Zuwanderungspolitik die Gefahren, die sich daraus für die Linke ergeben, bannen kann. Denjenigen meiner politischen Freunde allerdings, die mit schnellen Erfolgen der Politik des jetzigen Innenministers rechnen, empfehle ich einen Blick auf die Ergebnisse der Hamburgischen Bürgerschaftswahl vom 23. September z. B. in Wilhelmsburg. ■